Einleitung

Es war kein Zufall, dass Bayerns oberster Innenminister und Verfassungsschützer Günther Beckstein vor einigen Jahren einer Einladung der *Türk Federasyon*, einer Ablegerorganisation der türkisch-neofaschistischen MHP/ *Grauen Wölfe* (*Nationale Bewegungspartei*), gefolgt ist. Posierend lässt er sich vor einem Bild des früheren Vorsitzenden der MHP, Alparslan Türkeş, fotografieren. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist der Einfluss von ethnisch-rechtsnationalistischen Organisation in den letzten Jahren weiter gestiegen. Etwa 2,2 Millionen Menschen türkischer Herkunft leben in Deutschland, die ihre eigenen sozialen und politischen Netzwerke geschaffen haben: Allein mehr als 350 Vereine und Gemeinden haben die türkisch-rechtsextremen Organisationen bislang gegründet und insbesondere in Großstädten mit hohem türkischsprachigen Migrantenanteil etabliert.[1]

Inzwischen kann man beobachten, dass ethnisch-nationalistische Organisationen in der Bundesrepublik für Zuwanderer aus der Türkei eine führende Rolle spielen. Denn diese Strukturen haben sich überall zu Selbsthilfeorganisationen und Interessenvertretungen entwickelt, die starken Einfluss auf die Integrationsräte und das soziale Leben von türkischsprachigen Zuwanderern ausüben. Ebenfalls unter den hier geborenen oder noch zur zweiten Generation gehörigen türkischsprachigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wächst der Zuspruch zu Gruppierungen mit türkisch-nationalistischer Orientierung. Wie eine Umfrage des Bielefelder Jugendforschers Wilhelm Heitmeyer von 1997 zeigt, hielten 68% der türkischen Jugendlichen, die überwiegend seit ihrer Geburt in der Bundesrepublik lebten, eine ›starke türkische Nation‹ eindeutig für wichtiger als eine demokratische Staatsform.[2]

Man kann den Einfluss der ethnisch-nationalistischen Bewegungen nicht allein auf bundesdeutsche Rahmenbedingungen beschränkt sehen. Diese Strukturen sind zugleich von einer politischen Linie oder Ideologie geprägt, die im ›Mutterland Türkei‹ bestimmt wird. Ferner fungieren diese Vereine, Verbände und Organisationen als Zweigstellen von zum Teil radikal-nationalistischen Gruppen und Parteien der Türkei und präsentieren sich als auswärtige Vertreter dieser Richtlinien. Gerade hier stellt sich die zentrale Frage, welche Faktoren im Eigentlichen den Einfluss ethnisch-nationalistischer Ge-

1 Vgl. Thomas Lemmen: Islamische Vereine und Verbände in Deutschland, Bonn 2002, S. 55ff.; vgl. auch Ursula Spuler-Stegemann: Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander, Freiburg im Breisgau 1998, S. 123ff.

2 Wilhelm Heitmeyer/ Joachim Müller/ Helmut Schröder: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt/Main 1997.

meinden und Organisationsstrukturen in Deutschland auf die Bevölkerung aus der Türkei sowie die türkisch-stämmigen Jugendlichen bestimmen. In den Medien kann man immer wieder erkennen, dass Deutschland von den inneren Konflikten der Türkei heute stärker berührt ist als je zuvor.

Der Nahost-Experte Udo Steinbach erkannte zu recht: »Je mehr sich die innere Landschaft dort zerklüftet, bilden sich Verwerfungen auch unter den aus der Türkei kommenden Bürgern in Deutschland. Dort gewalttätig ausgetragene Konflikte werden auch hier gewalttätig ausgetragen. Ausländerrechtliche und polizeiliche Maßnahmen erweisen sich so lange als unwirksam, ja kontraproduktiv, als die Konflikte in der Türkei selbst nicht gelöst werden.«[3] Immer wieder hat die soziale und politische Entwicklung in der Türkei die politische Orientierung, Haltung und Ausrichtung der türkischsprachigen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinflusst. Angesichts dieser Entwicklung besteht die Gefahr, dass nationalistisch-politische Gruppen am Rande der Mehrheitsgesellschaft eine schwer durchschaubare, eigene ›Leitkultur‹ aufbauen, die den Teilhabeprozess hemmt oder verhindert. Ursache für die Entwicklung und den Aufschwung des türkischen Nationalismus hierzulande ist unter anderem die sich ständig zuspitzende Situation in der Türkei und in Kurdistan, die sich auf Westeuropa und speziell auf Deutschland auswirkt. Die Tatsache, dass Deutschland von den innenpolitischen Konflikten der Türkei stark berührt wird und die dort ausgetragenen Auseinandersetzungen auch hierzulande zu Verwerfungen in der türkisch-kurdischen Community führen, hat sich spätestens im November/Dezember 2007 mit dem militärischen Einmarsch türkischer Truppen in die kurdische Autonomieregion im Nordirak, um gegen die PKK vorzugehen, erneut bestätigt. Zu sehen ist, dass die neuen politischen Konflikte mit ethnischem Hintergrund eine hohe Mobilisierungskraft entfalten und zum Teil auch gewalttätig ausgetragen werden.

Das verstärkte Auftreten dieser türkisch-nationalistischen Bewegungen sowohl in der Türkei als auch in Deutschland korreliert zweifelsohne auch mit der Entwicklung des Konflikts um die Kurden-Thematik. So hat die Kurden-Frage in der Türkei insbesondere nach den 1990er Jahren eine nationalistische Euphorie hervorgebracht, die auf separatistische Tendenzen bevorzugt mit brutaler militärischer Gewalt gegen die eigene Bevölkerung reagiert. Hierbei handelt sich um die Neubelebung einer permanenten chronischen Existenzangst des türkischen (Staats-)Nationalismus. Durch die gesamte Geschichte der türkischen Republik hindurch wurde immer wieder diese Angst vor

3 Udo Steinbach: Europas Brücke zur islamischen Welt. Die Türkei auf Identitätssuche, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/1996, S. 1233.

dem Separatismus reproduziert, welche heute das Rückgrat des türkischen Staatsnationalismus bildet. Alleine schon, dass im Nachbarland Irak eine kurdische Autonomieregion entstanden ist und im türkischen Parlament die prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Fraktionsstärke besitzt, wird als Bedrohung wahrgenommen. Zurzeit wächst der öffentliche und politische Druck auf die BDP, die im Zuge der letzten Parlamentswahlen große Stimmenzuwächse verzeichnen konnte und gegenwärtig großen Repressionen ausgesetzt ist. Erst durch die Aufstellung als Einzelkandidaten, die sich unabhängig eines Fraktionsstatusses bewarben, gelang es der BDP, die Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen und durch Direktmandate in das türkische Abgeordnetenhaus einzuziehen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan von der islamisch-konservativen *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (AKP) forderte jüngst die BDP auf, die PKK als Terrororganisation zu verurteilen, doch die Führung der prokurdischen BDP entgegnete, dass sie mit einer solchen Verurteilung einen Teil der kurdischen Basis brüskieren würde, vor allem jene, die Opfer zu beklagen hätten.

Regierungschef Erdoğan steht vor einem Bündel schwer lösbarer Probleme. Die von ihm angestrebte EU-Mitgliedschaft wird sowohl von den Rechtsnationalisten, der kemalistischen Elite, als auch den Linksnationalisten als ›Vaterlandsverrat‹ kritisiert. Auch sein Konzept einer Lösung der kurdischen Frage sowie die Änderung der von den Putschisten 1980 verabschiedeten Verfassung stellt ihn vor neue Herausforderungen. Eine weitere Belastung stellt das Militär dar. Erdoğan selbst hatte sich ihm gegenüber zunächst zurückgehalten, um schon bestehende Konflikte nicht zu eskalieren. Aufgrund des Drucks des Militärs sowie der kemalistischen *Republikanischen Volkspartei* (CHP) und der extrem rechten MHP stimmte er aber schließlich einer militärischen Mobilmachung zu. Die PKK begegnet diesem militärischen Aufmarsch mit militanten Vergeltungsaktionen, auch in Großstädten im Westen der Türkei.

Hinzu kommt die Tatsache, dass im letzten Jahrzehnt sich in der Türkei immer breitere Kreise der Kurden zunehmend zu ihrer eigenen Identität bekennen, diese politisch wie kulturell artikulieren und betonen und sich zunehmend von der türkischen abgrenzen. Vor diesem Hintergrund erscheint es abwegig, diese Entwicklung auf den ›Terror der PKK‹ zu reduzieren. Auch ein verweis auf die Parole der Ultranationalisten »Ya sev ya terk et« (»Liebe das Vaterland oder verlass es«) greift hier zu kurz.

Durch den Import der internen politisch-militärischen Auseinandersetzungen in der Türkei und der irakisch-kurdischen Autonomieregion erhalten türkisch-nationalistische Bewegungen in Deutschland eine neue Dynamik.

Nach türkischem Vorbild zogen Ende 2007 und 2010 hierzulande Demonstranten durch bundesdeutsche Großstädte, verdammten die PKK und hetzten gegen ›die‹ Kurden. In manchen Städten wurde sogar zur Hetzjagd auf Kurden und ihre Einrichtungen aufgerufen und somit ein kurdisch-türkischer Konflikt konstruiert. Den Baustein für die Mobilisierung bilden dabei die einseitige politische Propaganda der Türkei sowie türkische Massenmedien und Privatsender, die via Satellit zu empfangen sind.

Die Mordanschläge gegen Christen in Trabzon und Malatya sowie die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink haben in der Türkei eine neue Welle des Hasses gegen Christen und Armenier ausgelöst. Hinter diesen Morden stehen politische Aktionen, die von extrem rechten und islamistischen Organisationen durchgeführt wurden. Am 18. April 2007 wurden in Malatya in einem Büro des christlichen Verlagshauses Zirve drei Christen (darunter auch der deutsche Missionar Tilman Ekkehard Geske) ermordet. Anfänglich hieß es, die Täter seien »irregeleitete Fanatiker«. Doch im Laufe des Prozesses wurde offenkundig, dass es sich um politisch motivierte Morde handelte. Der armenische Journalist und Schriftsteller Hrant Dink wurde wegen seiner kritischen Beiträge in der armenischen Wochenzeitung *Agos* unzählige Male vor Gericht gestellt und mehrfach wegen angeblicher »Beleidigung des Türkentums« angeklagt – zuletzt wegen eines Artikels zum Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich. Am 19. Januar 2007 wurde Hrant Dink in Istanbul vor dem Verlagshaus der *Agos* erschossen. Augenzeugen zufolge rief der Täter bei seiner Flucht: »Ich habe einen Ungläubigen erschossen.« Der Täter Ogün Samast und zehn weitere Verdächtige, die vermutlich dem Umfeld der extrem rechten *Büyük Birlik Partisi* (BBP, eine Abspaltung der MHP) zuzuordnen sind, wurden in Trabzon festgenommen. Der 16-Jährige, der im Juli 2011 zu 22 Jahren Haft verurteilt wurde, stammt aus der gleichen Stadt Trabzon, in der im Jahre 2006 der katholische Priester Andrea Santoro ebenfalls von einem 16-jährigen Jugendlichen ermordet wurde. Die armenische Frage löst in der Türkei immer wieder nationalistische Eurphorien und Existenzängste aus. So hat die türkische Regierung zuletzt Ende Januar 2012 gegen Frankreich gehetzt, als dort ein Gesetz zur Bekämpfung der Leugnung der Existenz gesetzlich anerkannter Völkermorde verabschiedet werden sollte. Es kam zu einer diplomatischen Krise. Daneben hat die türkische Regierung in enger Zusammenarbeit mit türkischen Lobbyorganisationen in Europa und Frankreich zu Protesten und Demonstrationen gegen Frankreich aufgerufen.

Eine weitere zentrale Bruchlinie bahnt sich gegenwärtig in der Türkei in der Auseinandersetzung zwischen Laizisten und Islamisten an. Dem von ei-

nem breiten Teil der Gesellschaft getragenen Konzept des Laizismus, dessen Grundstein Kemal Atatürk 1923 als Vater der modernen Türkei gelegt hatte, steht das von den Islamisten vertretene ideologische Konzept der *adil düze*, der ›gerechten Ordnung‹ gegenüber. Hier zeigt sich vor allem auch ein Bruch zwischen islamisch-konservativem und national-türkisch-kemalistischem Establishment. Dies hat sich gerade auch in den breiten Protesten und Massenkundgebungen gegen die Wahl von Abdullah Gül (zuvor Außenminister) gezeigt, der vom Parlament zum ersten islamischen Staatspräsident der Türkischen Republik gewählt wurde.

Die rechtsextremen Tendenzen unter den türkischsprachigen Zuwanderern in der Bundesrepublik sind aber auch vor dem Hintergrund spezifischer innerdeutscher Interessenkonstellationen zu sehen: Die türkischsprachigen Zuwanderer leben auch heute noch tagtäglich in zwei Welten, was man mit ›morgens Deutschland – abends Türkei‹ umschreiben kann. Gerade in dieser Hinsicht muss erkannt werden, dass die Bedeutung von Traditionen, Werten, Klischees und nationalen Identifikationsmustern, für die die Zuwanderer zwar in der Türkei vorgeprägt werden, nicht getrennt von der Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik gesehen werden darf.

Hier zeigt sich vor allem auch eine neue Form der Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme, welche Ausdruck von vielseitigen politischen und gesellschaftlichen Diskursen ist. Schließlich haben insbesondere nach dem 11. September diese Diskussionen eine neue Zuspitzung erreicht, deren Auswirkungen sich auch in Deutschland zeigen. In Deutschland hat sich im Zuge dessen Ethnisierung als sozialer Exklusions- und Ausgrenzungsmechanismus herausgebildet, der Minderheiten schafft, sie negativ etikettiert und dadurch Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Dahinter verbergen sich vor allem auch Konflikte um knappe gesellschaftliche Ressourcen. Vor allem bedeutet ›Deutsch-Sein‹ unter den Bedingungen des Wohlfahrtsstaates, den eigenen Wohlstand zu verteidigen und Ansprüche anderer Gruppen zu delegitimieren und abzuschwächen. Je mehr das Konkurrenzprinzip ins Zentrum zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, desto leichter lassen sich ethnische und kulturelle Differenzen politisch instrumentalisieren. Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderern abschotten, jene somit fremdethnisieren, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der Zuwanderer aus den Strukturen und Werten der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft. Hier ist vor allem ein Rückzug in die eigenen ›ethnischen Nischen‹ zu verzeichnen (in Form einer Selbstethnisierung und Selbstisolation). Dieser Prozess ist zugleich auch als eine Reaktion auf ethni-

sierende Zuschreibungen zu verstehen. Gerade in solch einem Klima bedingen sich Fremd- und Selbstethnisierung gegenseitig: Ökonomische, politische und soziale Differenzierungen drängen Migranten kollektiv als fiktive Gemeinschaften in eine ethnische Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft. Demzufolge reagieren Migranten auf diese Ausgrenzung mit Rückzug in die ihnen von der Mehrheitsgesellschaft zugewiesenen ›Nischen‹. Dies führt größtenteils dazu, dass sie sich verstärkt von den Werten dieser Gesellschaft verabschieden und ihre Identität über ihre sog. Herkunftsgesellschaft definieren. Gerade die in der Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen jungen Migranten erfahren häufig ein Identiätsdilemma. In der Folge ist bei ihnen eine verstärkte Hinwendung zu rechts-nationalistischen und islamistischen Strukturen zu erkennen, die Ausdruck der Suche nach politisierter Radikalität ist. Insbesondere die verweigerte Anerkennung der eingewanderten Minoritäten begünstigt die populistische Politisierung ethnischer Differenzen.[4]

Als Reaktion auf den zunehmenden Daueraufenthalt vor allem von Familien aus der Türkei erfolgte zu Beginn der 1980er Jahre ein grundlegender Wandel in der Zuwanderungspolitik. Die bislang vermiedene Forderung nach ›Integration‹ wurde zu einem zentralen innenpolitischen Thema. Vor allem türkische und kurdische Familien wurden vor die Wahl gestellt, entweder zurückzukehren oder sich zu ›integrieren‹. Die Forderung von Staat und Politikern nach ›Integration‹ bedeutet in diesem Zusammenhang jedoch fast immer die grundsätzliche Preisgabe der eigenen nationalen Identität.

Im Zuge dieser Entwicklung erklärte das Baden-Württembergische Innenministerium: »Integration erfordert also – je nach Herkunftsland unterschiedlich – von den Ausländern die Bereitschaft, Teile der eigenen kulturellen und religiösen Identität aufzugeben.«[5] Es geht hierbei also nicht um die Forderung nach Integration als eine funktionale Anpassung an die fremde Gesellschaft; es wird vielmehr die unerfüllbare Forderung nach Preisgabe der eigenen Identität erhoben.

In einem Interview der Süddeutschen Zeitung vom 27.6.2002 bezeichnete der damalige Bundesinnenminister Otto Schily »Assimilierung« als die beste Form der Integration: ›Ausländer‹ sollten sich in die deutsche Kultur und Sprache hineinleben. Schily sprach sich außerdem gegen eine Förderung der Muttersprache und gegen die Aufnahme des Minderheitenschutzes in die Ver-

4 Vgl. Kemal Bozay: »...ich bin stolz, Türke zu sein!« – Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts. 2005, S. 123ff.

5 Zit. n. Rainer Werle/ Renate Kreile: Renaissance des Islam – das Beispiel Türkei, Hamburg 1987, S.126.

fassung aus.[6] Ebenso haben heftige Diskussionen um die sogenannte ›deutsche Leitkultur‹[7] zu weiteren gesellschaftlichen Polarisierungen geführt.

Nicht zuletzt hat auch Thilo Sarrazin (SPD und ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank) mit seinen widersprüchlichen Thesen zur Polarisierung der Integrationsdebatte beigetragen und in der Mitte der Gesellschaft einen Nährboden für rechtspopulistische Positionen geschaffen.[8] Angeblich würden sich muslimische Migranten nicht in die Gesellschaft integrieren, sie würden mehr kosten, als sie nutzten und sie würden häufiger straffällig. Insbesondere muslimische Migranten, also Menschen aus der Türkei, Ex-Jugoslawien und arabischen Ländern, wären per se nicht integrationsfähig. Schuld an integrationspolitischen Problemen seien in erster Linie islamisch geprägte kulturelle Einstellungen, die angeblich eine erfolgreiche Integration verhinderten. Für große Erregung sorgten ebenso seine biologistischen Argumentationen: Menschen verschiedener Herkunft hätten unterschiedliche Gene, so hätten Juden ein bestimmtes Gen und Basken bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden. Sarrazin schafft mit diesen Thesen einen wachsenden Nährboden für Rassismus und rechtsextreme Ressentiments und trägt zur Etablierung ethnischer gesellschaftlicher Feindbilder bei.

All dies hat dazu beigetragen, dass Zuwanderer – vor allem aber türkischsprachige Migranten – sich von den Werten dieser Gesellschaft verstärkt distanzieren und ihre Identität in ihrer ›ethnischen Nische‹ suchen. Das verstärkte Auftreten und die politische Präsenz von ethnisch-nationalistischen bzw. türkisch-rechtsextremen Organisationen sind neben einer Reihe anderer Faktoren auch als eine Folge dieser politischen Prozesse zu bewerten.

Längst haben die türkischen Rechtsextremisten die türkischen Grenzen überschritten und organisieren sich auch im Ausland. Das dient sowohl der finanziellen und logistischen Unterstützung als auch der offiziellen Staatspolitik. Die Öffentlichkeit nimmt hiervon kaum Notiz. Im Gegensatz zu den 1970er Jahren, in der es eine antifaschistische Mobilisierung gab und die *Grauen Wölfe* in der türkischen wie auch deutschen Öffentlichkeit geächtet waren, sind die türkischen Rechtsextremisten heute in breiten Teilen der türkischen Bevölkerung als »die treuesten und besten Verteidiger der Heimat«

6 Vgl. Interview mit Otto Schily, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. 6.2002.

7 Vgl. zur Diskussion über die sog. ›deutsche Leitkultur‹ Gudrun Hentges: Das Plädoyer für eine »deutsche Leitkultur« – Steilvorlage für die extreme Rechte. In: Christoph Butterwegge (Hg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 95-121.

8 Vgl. Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.

akzeptiert. Parolen wie ›Türkei den Türken‹ erinnern sehr an den deutschen Nationalismus, der in der Öffentlichkeit jedoch weitaus mehr Beachtung findet.

Dieses Buch beschreibt die Entwicklung des türkischen Nationalismus von der jungtürkischen ›Revolution‹ bis zum heutigen Tag. Es analysiert die Entstehungsbedingungen, Aktivitäten und Ziele der rechtsextremen türkischen Bewegungen und beschreibt die Aktivitäten (rechts-)nationalistischer türkischer Organisationen in Deutschland. Die aktualisierte Auflage dieses Handbuchs, die um aktuelle und neue Beiträge ergänzt und überarbeitet wurde, verfolgt das Ziel, die Gründe und Faktoren der rechtsextrem-türkischen Mobilisierungen auch in Deutschland näher zu beleuchten.

Daher ist das Ziel dieser aktualisierten Neuauflage, das wahre Gesicht des türkischen Nationalismus mit seinen gegenwärtigen Tendenzen aufzuzeigen und allen Interessierten Informationen zu geben, die für den Widerstand gegen den Nationalismus und Faschismus unerlässlich sind.